



Zusammenfassung der Erwartungen des DBwV an eine neue Bundesregierung

Seit Beginn 2017 angesichts des anlaufenden Bundestagswahlkampfes verdeutlicht der DBwV fortlaufend seine Erwartungen an eine nächste Bundesregierung gegenüber den Parteien. Dies geschieht in verschiedenen Formaten und auf unterschiedlichen Wegen, aber immer mit dem gleichen Kerngehalt.

- Fortsetzung der **eingeleiteten Trendwenden** Personal und Ausrüstung mit der dafür notwendigen finanziellen Unterlegung, die deutlich über den 51. Finanzplan des Bundes hinausgehen muss. Die **Personalstrategie** bedarf nicht nur der gedanklichen Fortentwicklung, sondern der tatsächlichen Umsetzung. Das Bestandspersonal als hochmotiviertes und die Trendwenden tragendes Personal muss dabei im Fokus stehen.
- Zeitgemäße **Weiterentwicklung des Dienst- und Laufbahnrechts der Soldaten und zivilen Beschäftigten**. Für eine moderne Personalentwicklung müssen die Laufbahnen durchlässiger werden. Darüber hinaus bedarf es einer Weiterentwicklung des Statusmodells „Berufssoldat“ mit unterschiedlichen zeitlichen Reichweiten innerhalb aller Laufbahnen.
- Die besonderen und allgemeinen **Altersgrenzen der Berufssoldaten** dürfen nicht pauschal angehoben werden. Nur so kann eine Überalterung verhindert werden und die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte erhalten bleiben.
- Erneuerung und Anpassung des **Besoldungs- und Vergütungswesens**, idealerweise in Form einer Besoldungsordnung S. Hier liegt einer der Schlüssel, um die Menschen der Bundeswehr aufgaben- und verantwortungsgerecht zu besolden, aber auch, um auf dem Arbeitsmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden.

Für
unsere
Mitglieder!

- Anpassung der **Soldatenarbeitszeitverordnung** mit klaren rechtlichen Vorgaben, vereinfachten Verfahren für den zeitlichen Ausgleich sowie die finanzielle Vergütung von Mehrarbeit.
- Beseitigung aller **Benachteiligungen für ausscheidende Soldaten auf Zeit** beim Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung. Versorgungslücken sind bei den Bundeswehr-Angehörigen und ihren Familien zu beseitigen.
- Hoher **Mobilität** der Menschen der Bundeswehr gerecht werden. Keine Berufsgruppe unterliegt höheren Anforderungen. Durch eine Anpassung der umzugs- und reisekostenrechtlichen Regelungen an die Realitäten von heute muss dem Rechnung getragen werden.
- Fortsetzung der **Agenda Attraktivität**, unter anderem in Form einer Stärkung der Betreuung.
- Verbesserte **Fürsorge durch die umfassende Behandlung von körperlichen und seelischen Einsatzfolgen** – auch nach Ausscheiden aus dem Dienst. Der Dienstherr muss die Folgen von Verwundungen für das Umfeld von Betroffenen berücksichtigen und die Angehörigen in die Behandlung einschließen, WDB-Verfahren sind zu beschleunigen.
- Ausweitung der **Einsatzversorgung** auf alle Missionen unter Einbeziehung der Missionsvorbereitung. Der AVZ ist zeitgemäß anzupassen.
- Erhalt des **Versorgungsniveaus für ehemalige Angehörige der Bundeswehr**, zudem Optimierung der Beihilfe, Abschaffung der Hinzuverdienstgrenzen und Abbau der Ungerechtigkeiten beim Versorgungsausgleich.
- Erleichterung des **Übergangs von ausscheidenden Zeitsoldaten in den zivilen Arbeitsmarkt** und den öffentlichen Dienst durch zusätzliche Bildungs- und Qualifikationsangebote sowie deren zivile Anerkennung. Die Idee des Binnenarbeitsmarktes muss endlich realisiert werden.
- Fortsetzung des **Weißbuchprozesses** durch Umsetzung der Vorgaben und entsprechende Ableitungen durch alle Ressorts der neuen Bundesregierung. Alle Missionen der Bundeswehr müssen mit einem **sicherheitspolitischen Gesamtkonzept** unterlegt sein. **Zwischenberichte** und eine **Evaluierung** jeder Mission sind zu etablieren.
- Bewahrung des **Parlamentsvorbehalts**. Regelmäßige Debatten zur sicherheitspolitischen Lage bekräftigen den Status der Bundeswehr als Parlamentsarmee und unterstreichen die Rolle und Verantwortung des Bundestages.
- Verbesserung der **gesellschaftlichen Anerkennung der Bundeswehr**, stets dem ganzheitlichen Grundgedanken der **Inneren Führung** folgend. Die Wertschätzung und

Anerkennung aller aktiven und ehemaligen Angehörigen sowie der Veteranen der Bundeswehr muss sichtbarer werden, die Teilkonzeption Wertschätzung und Anerkennung muss weiter verfolgt sowie die Erstellung eines Veteranenkonzepts forciert werden.

- **Stärkung der Inneren Führung** durch den Prozess „Innere Führung Heute“ als Quelle des Selbstverständnisses und der Führungskultur der Bundeswehr. Wiederherstellung der Voraussetzungen für das Führungsprinzip „Führen mit Auftrag“. Ebenengerechte Verantwortung und Handlungsfreiheit von Vorgesetzten kann durch ausreichende Ressourcen, Entbürokratisierung, aber auch Vertrauen der übergeordneten Führung zurückgewonnen und gestärkt werden.
- **Beschleunigte Bereitstellung moderner Infrastruktur**, um die Unterbringung aller Soldaten – auch der **nicht unterkunftspflichtigen** - zu gewährleisten. Zudem ist schnellstens zu entscheiden, welche Liegenschaften im Bestand der Bundeswehr bleiben bzw. zurückgefordert werden sollen.
- Zügigeres Erreichen der **materiellen Vollausrüstung** im Sinne der Grundaufstellung der Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung – dazu gehört auch die **persönliche Ausrüstung**. Das **Vergabe- und Haushaltsrecht** ist entsprechend anzupassen. Es bedarf einer **Optimierung** der Vorgaben aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie der Anwendung des Art. 346 AEUV.